



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

36/2015 04.09.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu: 2. aktualisierte und erweiterte Auflage

Franz Leidenmühler

Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union

Das Studienbuch Europarecht wurde speziell für die Bedürfnisse des universitären Europarechtsunterrichts entwickelt, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Es vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis von Aufbau und Funktionsweise der Rechtsordnung der Europäischen Union.

35 Euro, 2. Auflage, XX und 296 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. Juli 2015, ISBN 978-3-902883-24-7.

Zu beziehen ua über www.pedell.at

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 241/2015](#)

Verordnung der Oesterreichischen Nationalbank betreffend die Übermittlung von Meldedaten an die Oesterreichische Nationalbank unter Anwendung eines Datenmodells (**Datenmodellverordnung**)

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 229 v 03.09.2015, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2015/1485 des Rates vom 2. September 2015 zur Durchführung von Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr 224/2014 über **restriktive Maßnahmen** angesichts der Lage in der **Zentralafrikanischen Republik**

[ABI L 230 v 03.09.2015, 52](#)

Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses Nr 244/2014 vom 24. Oktober 2014 zur Änderung von Protokoll 31 zum **EWR-Abkommen** über die **Zusammenarbeit** in bestimmten Bereichen **außerhalb der vier Freiheiten** [2015/1468]

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

11.06.2015, [E 1286/2014](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Zurückweisung eines Folgeantrags wegen entschiedener Sache infolge Unterlassung jeglicher Ermittlungstätigkeit hinsichtlich einer Änderung der Sach- und Rechtslage seit der Stellung des Folgeantrags

25.06.2015, [E 599/2014](#)

VwGVG; Anlassfall zu VfGH 25.06.2015, [G 7/2015](#)

B. Verwaltungsgerichtshof

28.05.2015, [2012/07/0102](#)

AVG; SpaltungsG; Zurückweisung einer Beschwerde gegen einen Feststellungsbescheid hinsichtlich der Altlastenbeitragspflicht als verspätet; Behauptung des Bf, dass mit Aufspaltung der L P GmbH jeweils zur Neugründung der A A GmbH und der L P GmbH die dem Rechtsanwalt erteilte **Vertretungsvollmacht** geendet habe, weshalb die **Zustellung** der Berufungsentscheidung an diesen unwirksam wäre; die von einer juristischen Person erteilte Vollmacht wird grundsätzlich durch deren Erlöschen aufgehoben; dies gilt jedoch nicht bei der **Gesamtrechtsnachfolge gem § 17 iVm § 14 Abs 2 SpaltungsG**, weshalb die ggst Zustellung an den bevollmächtigten Rechtsanwalt wirksam war

28.05.2015, [Ra 2015/07/0039](#)

VwGG; VfGG; der Fristenlauf bei einer **Sukzessivrevision gem § 26 Abs 4 VwGG** hat sich auch durch die VwGbk-Novelle 2012 nicht verändert; Art 144 Abs 3 B-VG und § 87 Abs 3 VfGG knüpfen die Abtretung einer Beschwerde an den VfGH an das Vorliegen eines entsprechenden Antrags des Bf; ein solcher Antrag war und ist in jedem Fall Voraussetzung einer Abtretung, unabhängig davon, ob der VfGH mit Ablehnung der Behandlung der Beschwerde oder mit ihrer Abweisung vorgeht

29.05.2015, [Ro 2015/07/0013](#)

VwGG; beruht das Erkenntnis eines VwG auf einer **tragfähigen Alternativbegründung**, muss der Revisionswerber zur Zulässigkeit einer Revision auch die Gründe gesondert darlegen, weshalb er der Ansicht ist, dass im Zusammenhang mit der Alternativbegründung eine **Rechtsfrage grundsätzlicher Bedeutung** vorliegt

29.05.2015, [Ra 2015/08/0013](#)

VwGG; die für eine erfolgreiche **Wiedereinsetzung** geforderte Kontrolle kann ggst in Anbetracht dessen, dass die außerordentliche Revision im Wege des **elektronischen Rechtsverkehrs (Web-ERV)** beim BVwG statt beim LVwG Stmk eingebracht wurde, nicht als ausreichend angesehen werden; die **Einhaltung der Sorgfaltspflicht** hätte erfordert, die ordnungsgemäße Einbringung des Schriftsatzes etwa dadurch zu kontrollieren, dass die Sendebestätigung über die Einbringung im elektronischen Rechtsverkehr geprüft worden wäre und erst nach einer Bestätigung der tatsächlich ordnungsgemäß erfolgten Einbringung die Abstreichung der Frist erfolgt

08.06.2015, [Ra 2015/08/0005](#)

VwGVG; die Frage, ob ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis ohne grobes Verschulden der Partei zur Versäumung der Verhandlung geführt hat bzw ob der **Wiedereinsetzungsgrund** ausreichend bescheinigt wurde, unterliegt grundsätzlich der einzelfallbezogenen Beurteilung des VwG; eine **Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung** läge nur vor, wenn diese Beurteilung in einer die Rechtssicherheit beeinträchtigenden unververtretbaren Weise vorgenommen worden wäre

25.06.2015, [Ra 2014/07/0087](#)

WasserrechtsG; die Wasserrechtsbehörde ist dann, wenn für ein Projekt eine Bewilligungspflicht nach § 9 Abs 2 WasserrechtsG besteht, gem § 11 Abs 1 WasserrechtsG verpflichtet, (ua) das **Maß der Wasserbenutzung** zu bestimmen; dass dem Bewerber auf Grund eines Privatrechtstitels das **uneingeschränkte Recht zur Nutzung der Quelle** zukommt, ändert daran nichts; liegt keine Bewilligungspflicht vor, muss auch kein Maß der Wasserbenutzung festgelegt werden

25.06.2015, [Ro 2014/07/0108](#)

UVP-G; dem EuGH wird folgende **Frage zur Vorabentscheidung** vorgelegt: Steht das Unionsrecht einer nationalen Vorschrift entgegen, nach der Vorhaben, die UVP-pflichtig waren, aber keine **Genehmigung nach dem UVP-G**, sondern nur über **Genehmigungen nach einzelnen Materiengesetzen** verfügten, die wegen Verstreichens einer im nationalen Recht vorgesehenen **Dreijahresfrist** nicht mehr nichtig erklärt werden konnten, als gem dem UVP-G genehmigt gelten, oder entspricht eine solche Regelung den im Unionsrecht verankerten Grundsätzen der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes?

25.06.2015, [Ra 2015/07/0006](#)

NÖ AbfallwirtschaftsG; **Zuteilung eines Restmüllbehälters**, eines Bereitstellungsanteils sowie eines Papierbehälters; der Gesetzgeber geht davon aus, dass auch auf einem Grundstück, auf dem sich kein Wohngebäude befindet, Müll anfällt; umso mehr muss dies für ein Grundstück gelten, auf dem sich ein bewohnbares Gebäude befindet; auf den Umstand, dass die **Liegenschaft derzeit unbewohnt** ist, kommt es nicht an

25.06.2015, [Ra 2015/07/0069](#)

WasserrechtsG; jede Beeinträchtigung der natürlichen Beschaffenheit des Wassers in physikalischer, chemischer und biologischer Hinsicht stellt eine Gewässerverunreinigung dar; ggst gehen vom Teich des Revisionswerbers Einwirkungen auf das Grundwasser aus, die als Beeinträchtigung der natürlichen Beschaffenheit des Wassers iSd § 30 Abs 3 Z 1 WasserrechtsG anzusehen sind, womit eine **nachteilige Beeinträchtigung des Grundwassers** vorliegt

30.06.2015, [Ra 2015/06/0050](#)

AVG; § 63 Abs 2 2. Satz AVG kann kompetenzrechtlich unbedenklich regeln, dass gegen die Bewilligung oder die Verfügung der Wiederaufnahme und gegen die **Bewilligung der Wiedereinsetzung** eine Berufung nicht zulässig ist; dies bedeutet aber auch, dass § 63 Abs 1 1. Satz AVG auf die Verwaltungsvorschriften verweisen kann; verfahrensrechtliche Bescheide, die mit einer bestimmten Verwaltungssache zusammenhängen, können somit nur jene Instanzen befassen, die auch in der Sache selbst befasst werden können; mit dem ggst Verweis auf die Verwaltungsvorschriften liegt ein **gesetzlicher Ausschluss des zweistufigen Instanzenzugs** durch die Regelung des § 63 Abs 1 1. Satz AVG vor

29.07.2015, [2012/07/0105](#)

PflanzenschutzmittelG; Beschlagnahme eines Pflanzenschutzmittels; das PflanzenschutzmittelG sieht zwar keine Kennzeichnungspflicht für gelagerte Pflanzenschutzmittel, welche nicht zum Verkauf bestimmt sind, vor, dies bedeutet aber nicht, dass der Kennzeichnung bzw Nichtkennzeichnung nicht Bedeutung für die Frage zukommen kann, ob **Inverkehrbringen in Form des Lagerns oder Vorrätighaltens zum Zwecke des Verkaufs** vorliegt oder nicht

29.07.2015, [2012/07/0234](#)

AVG; nach § 63 Abs 5 AVG ist die Berufung bei der Behörde einzubringen, die den Bescheid in erster Instanz erlassen hat; ggst war der LH jene Behörde, bei der die versäumte Handlung, nämlich die (rechtzeitige) Berufung vorzunehmen war; der LH war daher auch jene Behörde, die über den **Wiedereinsetzungsantrag** zu entscheiden hatte; dass es als rechtzeitige Einbringung gilt, wenn eine Berufung innerhalb der Berufungsfrist bei der Berufungsbehörde eingebracht wird, ändert daran nichts; über den Wiedereinsetzungsantrag hatte der LH und **nicht die belangte Behörde zu entscheiden**

29.07.2015, [Ra 2015/07/0041](#)

AltlastensanierungsG; das Lagern (oder Zwischenlagern) in einer kürzeren als der in § 3 Abs 1 Z 1 lit b AltlastensanierungsG genannten Zeitdauer unterliegt der **Altlastenbeitragspflicht**, wenn nicht alle hierfür erforderlichen behördlichen Bewilligungen vorgelegen sind; dies trifft auch auf jene Fälle zu, in denen zwar eine Bewilligung erteilt wurde, vom Bewilligungsinhaber jedoch entsprechende Bescheidaufgaben nicht eingehalten wurden

04.08.2015, [2012/06/0126](#)

Ktn BauO; Erteilung der Baubewilligung für die Errichtung eines **Einfamilienhauses** mit Garage; div **Einwendungen** einer Nachbarin; entgegen der Ansicht der Bf war eine Fragestellung an den forstfachlichen SV, welcher Abstand im konkreten Fall notwendig und zweckmäßig sei, im Hinblick darauf, dass die belangte Behörde sich diesbezüglich schlüssig der Ansicht der Gemeindebehörde angeschlossen hat, nicht geboten

04.08.2015, [2012/06/0139](#)

Ktn BauO; Abweisung eines Bauansuchens zur Errichtung einer Lärmschutzwand; die belangte Behörde hat sich im angefochtenen Bescheid mit den Argumenten im **Privatgutachten nicht ausreichend auseinandergesetzt** und den Amts-SV auch nicht aufgefordert, zu der darin vorgetragenen Kritik Stellung zu nehmen

04.08.2015, [2013/06/0050](#)

Tir StraßenG; die **Beitragsleistungen gem § 23 Abs 1 und 2 Tir StraßenG** auf der Basis des jeweiligen Budgets zu errechnen; dies gilt nicht, wenn der **Jahresvoranschlag** selbst bestritten wird; dadurch, dass die Bf einen Antrag gem § 33 Abs 6 leg cit gestellt hat, hatten die Behörden davon auszugehen, dass für die Frage der Beitragsleistung zunächst auch die Frage der Rechtmäßigkeit des Budgets bzw dessen endgültige Fassung von Bedeutung ist; ob der Jahresvoranschlag rechters ist, hat die Behörde ggf in einem eigenen Verfahren nach § 33 Abs 6 leg cit zu entscheiden; im Verfahren über die Beitragsleistungen ist diese Frage eine Vorfrage iSd § 38 AVG

04.08.2015, [2013/06/0052](#)

NÖ StraßenG; die Frage der Notwendigkeit der Errichtung einer Straße ist Gegenstand des straßenrechtlichen Baubewilligungsverfahrens und nicht des nachfolgenden **Enteignungsverfahrens**; dies gilt hinsichtlich der Linienführung der projektierten Straße, und zwar mit all ihren Bestandteilen, etwa auch hinsichtlich der Situierung und **Notwendigkeit von Retentionsbecken und der Lärmschutzmaßnahmen**

04.08.2015, [2013/06/0082](#)

AVG; wenn eine **Niederschrift Mängel** aufweist, verliert sie nicht jeglichen **Beweischarakter**, sie unterliegt aber der freien Beweiswürdigung der Behörde; davon ausgehend konnte die belangte Behörde auch dann, wenn die Niederschriften nicht allen Erfordernissen des § 14 AVG entsprochen haben sollten, diese als Beweismittel heranziehen; es besteht keine Möglichkeit, nach der Zustellung noch Einwendungen wegen behaupteter Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit einer Niederschrift zu erheben

04.08.2015, [2013/06/0185](#); [2013/06/0187](#)

Tir StraßenG; gem § 44 Abs 4 Tir StraßenG besteht eine Bindung der Behörde bei der Straßenbaubewilligung an die Festlegungen im Bebauungsplan; die darin vorgenommene **Festlegung einer Straßenbreite** von 6 m ist sachlich gerechtfertigt

04.08.2015, [2013/06/0250](#)

Sbg BauO; ob eine bestimmte **Betriebstype** wegen ihrer **Immissionswirkungen** als zulässig anzusehen ist, kann nur anhand der Auswirkungen eines bestehenden **Vergleichsbetriebs** beurteilt werden; das Ausmaß und die Art der Immissionen hat der technische SV zu beurteilen; ggst wäre zu prüfen gewesen, ob der Betrieb – der bestehenden Flächenwidmung entsprechend – keine erhebliche Geruchs- oder Lärmbelästigung, sonstige Luftverunreinigung oder Erschütterung für die Nachbarschaft verursacht und keine Gefährdung der Umgebung durch Explosion oder Strahlung zu verursachen geeignet ist

04.08.2015, [2013/06/0255](#)

Sbg LandesstraßenG; **öffentliche Interessentenstraßen** haben die Aufgabe, den öffentlichen Verkehr zwischen kleineren Siedlungen – Objekte oder Anlagen in Streulage sind verfahrensgegenständlich nicht relevant – und höherrangigen Straßen zu vermitteln; die ggst Grundstücke verfügen bereits über einen Zugang zur Gemeindestraße bzw wurden entsprechende Dienstbarkeiten eingeräumt, weshalb kein **Verkehrsbedürfnis** besteht

04.08.2015, [Ro 2014/06/0010](#)

Stmk Landes-StraßenverwaltungsG; die Enteignungsbehörde erfüllt die Anforderungen des Art 5 StGG im Falle einer **Rückübereignung** nur dadurch, dass sie den seinerzeitigen **Enteignungsbescheid mit ex tunc-Wirkung aufhebt**

04.08.2015, [Ra 2014/06/0044](#)

UVP-G; Tir BauO; Nachbarn iSd Tir BauO erfüllen im Verfahren zur Genehmigung einer baulichen Anlage als Teil der betroffenen Öffentlichkeit die Anforderung eines ausreichenden Interesses, um gegen eine Entscheidung, dass kein UVP-Verfahren durchzuführen ist, einen Rechtsbehelf einlegen zu können; der **UVP-Feststellungsbescheid** hat gegenüber diesen **Nachbarn keine Bindungswirkung**

04.08.2015, [Ro 2014/06/0058](#)

UVP-G; Ktn BauO; die revisionswerbenden Parteien sind Anrainer iSd § 23 Ktn BauO und damit Parteien im ggst Bauverfahren (**Wörthersee-Stadion**); angesichts dessen waren die revisionswerbenden Parteien berechtigt, im Rahmen des Bauverfahrens Argumente für das Vorliegen einer **UVP-Pflicht** vorzubringen; es wäre Aufgabe der Behörden gewesen, sich damit inhaltlich auseinanderzusetzen; die **Bindungswirkung des Feststellungsbescheids** gem § 3 Abs 7 UVP-G durfte ihnen nicht entgegengehalten werden

04.08.2015, [Ra 2015/06/0039](#)

VwGVG; Sbg BauO; bei seiner ggst Entscheidung hat das VwG angenommen, es bestehe eine **Trennbarkeit** nach den gegenüber dem Bauvorhaben geltend gemachten Einwendungen; eine Trennbarkeit der den Inhalt des Spruchs der belangten Behörde bildenden Angelegenheit dahingehend, dass über die Genehmigungsfähigkeit unter bestimmten Gesichtspunkten endgültig entschieden wird und damit die **Sachentscheidung des VwG** an die Stelle des angefochtenen Bescheids tritt, ist aber zu verneinen

C. Verwaltungsgerichte

BVwG 26.06.2015, [W113 2013215-1](#)

UVP-G; tritt während eines materiengesetzlichen Genehmigungsverfahrens bzgl eines für sich nicht UVP-pflichtigen Projekts zu diesem „Erstprojekt“ ein im räumlichen Zusammenhang stehendes gleichartiges „Zweitprojekt“ hinzu, bedarf nach § 3 Abs 2 UVP-G das **Gesamtprojekt** einer **Umweltverträglichkeitsprüfung**, wenn durch die **Kumulierung der Auswirkungen** der beiden Vorhaben mit der Entfaltung erheblicher Beeinträchtigungen für die Umwelt zu rechnen ist

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

02.09.2015, [Rs C-127/14, Surmačs](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 94/19/EG – Anhang I Nr 7 – **Einlagensicherungssystem** – Ausnahme bestimmter Einleger vom Einlagensicherungssystem – **Ausschluss** eines ‚Geschäftsleiters‘

02.09.2015, [Rs C-309/14, CGIL und INCA](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsstellung der langfristig **aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen** – Richtlinie 2003/109/EG – Nationale Regelung – Ausstellung und **Verlängerung** des **Aufenthaltsstitels** – Voraussetzung – **Zwangsgebühr** – Gebühr, die achtmal höher ist als für den nationalen Personalausweis – Verstoß gegen die Grundsätze der Richtlinie 2003/109/EG

[02.09.2015, Rs C-386/14, Groupe Steria](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – **Niederlassungsfreiheit** – Richtlinie 90/435/EWG – Art 4 Abs 2 – **Grenz-überschreitende Dividendenausschüttungen** – Körperschaftsteuer – Konzernbesteuerung (französische ‚intégration fiscale‘) – **Steuerbefreiung** für von den **Tochtergesellschaften** eines steuerlichen Konzerns ausgeschüttete Dividenden – **Sitzerfordernis** – Dividendenausschüttungen gebietsfremder Tochtergesellschaften – Nicht abzehbare Ausgaben und Aufwendungen, die mit der Beteiligung zusammenhängen

[03.09.2015, Rs C-398/13 P, Inuit Tapiriit Kanatami ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – Verordnung (EG) Nr 737/2010 – Verordnung mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr 1007/2009 – **Handel mit Robbenerzeugnissen** – Beschränkungen der Einfuhr und des Inverkehrbringens dieser Erzeugnisse – Gültigkeit – **Rechtsgrundlage** – (ex-)Art 95 EG – Charta der **Grundrechte** der Europäischen Union – Art 17 – Erklärung der Vereinten Nationen über die **Rechte der indigenen Völker** – Art 19

[03.09.2015, Rs C-526/13, Fast Bunkering Klaipėda](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 148 Buchst a – **Lieferung von Gegenständen** – Begriff – Befreiung – Lieferungen von Gegenständen zur Versorgung von Schiffen, die auf **hoher See eingesetzt** sind – Lieferungen an im eigenen Namen handelnde Mittelspersonen

[03.09.2015, Rs C-89/14, A2A](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Staatliche Beihilfen** – Bestimmung der Berechnung von **Zinsen bei der Rückforderung** von mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbaren Beihilfen – Einfache Zinsen oder Zinseszinsen – Nationale Gesetzgebung, die für die **Zinsberechnung** auf die Verordnung (EG) Nr 794/2004 verweist – Vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung bekannt gegebene Rückforderungsentscheidung

[03.09.2015, Rs C-110/14, Costea](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – Art 2 Buchst b – **Begriff ‚Verbraucher‘** – Abschluss eines Kreditvertrags durch eine natürliche Person, die den Rechtsanwaltsberuf ausübt – **Rückzahlung des Kredits**, der durch ein im Eigentum der Rechtsanwaltskanzlei des Kreditnehmers stehendes Grundstück gesichert wird – Kreditnehmer, der die erforderlichen Kenntnisse besitzt, um vor der Unterzeichnung des Vertrags die **Missbräuchlichkeit einer Klausel** zu beurteilen

[03.09.2015, Rs C-125/14, Iron & Smith](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Marken** – Anmeldung einer nationalen, mit einer älteren Gemeinschaftsmarke identischen oder ihr ähnlichen Marke – In der Europäischen Union **bekannte Gemeinschaftsmarke** – Geografische Ausdehnung der Bekanntheit

[03.09.2015, Rs C-321/14, Colena](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Kosmetische Mittel** – Verbraucherschutz – Verordnung (EG) Nr 1223/2009 – Gegenstand – Farbige Motivkontaktlinsen ohne Sehstärke – **Angabe** auf der **Verpackung**, mit der das fragliche Mittel als kosmetisches Mittel bezeichnet wird – **Verbraucherschutz**

[03.09.2015, Rs C-383/14, Sodiaal International](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz der finanziellen Interessen** der Union – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – Art 3 – **Rückforderung** einer **Gemeinschaftsbeihilfe** – Verwaltungsrechtliche Sanktion – Verwaltungsrechtliche Maßnahme – **Verjährungsfrist**

[03.09.2015, Rs C-463/14, Asparuhovo Lake Investment Company](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 24 Abs 1, Art 25 Buchst b, Art 62 Abs 2, Art 63 und Art 64 Abs 1 – Begriff ‚Dienstleistung‘ – **Abonnementvertrag** über die Erbringung von **Beratungsdienstleistungen** – Steuertatbestand – Erforderlichkeit des Nachweises der tatsächlichen Erbringung der Dienstleistungen – Steueranspruch

B. Schlussanträge

[03.09.2015, Rs C-121/14, Vereinigtes Königreich / Parlament und Rat \(GA Bot\)](#)

Nichtigkeitsklage – Art 91 AEUV – Art 170 ff AEUV – Verkehr – **Transeuropäische Verkehrsnetze** – Fazilität ‚Connecting Europe‘ – **Verlängerung der Schienengüterverkehrskorridore** über London hinaus – Vorhaben von gemeinsamem Interesse, das der **Billigung des betroffenen Mitgliedstaats** bedarf

[03.09.2015, Rs C-141/14, Kommission / Bulgarien \(GA Kokott\)](#)

Naturschutz – Richtlinie 2009/147/EG – Erhaltung der wildlebenden Vogelarten – Schutzgebiete „Kaliakra“ und „Belite skali“ – Richtlinie 92/43/EWG – Schutz der natürlichen Lebensräume und der **wildlebenden Arten** – Schutzgebiet „Komplex Kaliakra“ – Richtlinie 2011/92/EU – **Prüfung der Auswirkungen** bestimmter Vorhaben auf die Umwelt – Zeitliche Anwendung der Unionsregelungen – Verschlechterung der natürlichen Lebensräume und der Habitate der Arten sowie Störungen von Arten – **Windkraft** – **Tourismus**

[03.09.2015, Rs C-154/14 P, SKW Stahl-Metallurgie und SKW Stahl-Metallurgie Holding / Kommission \(GA Wahl\)](#)

Rechtsmittel – Art 27 der Verordnung (EG) Nr 1/2003 des Rates – Art 12 und 14 der Verordnung (EG) Nr 773/2004 der Kommission – Verfahrensvorschriften für **Untersuchungen von Verstößen** gegen die **Wettbewerbsregeln** der Union – Anspruch auf rechtliches Gehör – **Anhörung** – Anhörung in camera vor der Kommission

[03.09.2015, Rs C-155/14 P, Evonik Degussa und AlzChem / Kommission \(GA Mengozzi\)](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Märkte für Calciumcarbidpulver, Calciumcarbidgranulate und Magnesiumgranulate in einem erheblichen Teil des EWR – **Preisfestsetzung**, Marktaufteilung und Informationsaustausch – Vermutung eines bestimmenden Einflusses – **Widerlegung** – Verhalten einer Tochtergesellschaft, das den Weisungen ihrer Muttergesellschaft zuwiderläuft

[03.09.2015, Rs C-235/14, Safe Interenvios \(GA Sharpston\)](#)

Verhinderung der **Nutzung des Finanzsystems** zum Zwecke der **Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung** – Richtlinie 2005/60/EG – Sorgfaltspflichten gegenüber Kunden („customer due diligence“) – Richtlinie 95/46/EG – Schutz personenbezogener Daten – Richtlinie 2007/64/EG – Zahlungsdienste im Binnenmarkt

[03.09.2015, Rs C-239/14, Tall \(GA Cruz Villalón\)](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung – **Einwanderungspolitik** – Erneute Asylanträge – Art 39 der Richtlinie 2005/85/EG – Art 47 der Grundrechtecharta – **Folgeanträge** auf Asyl – Ablehnung – Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf – **Rechtsbehelf ohne aufschiebende Wirkung**

[03.09.2015, Rs C-346/14, Kommission / Österreich \(GA Kokott\)](#)

Vertragsverletzungsverfahren – Verletzung von Art 4 Abs 3 EUV in Verbindung mit Art 288 AEUV – Falsche Anwendung von Art 4 Abs 1 und 7 der Richtlinie 2000/60/EG – **Wasserpolitik der Union** – Genehmigung der **Errichtung eines Wasserkraftwerks** am Fluss Schwarze Sulm – **Verschlechterung** des **Gewässerzustands** – Neubewertung des Zustands – Korrektur des Bewirtschaftungsplans

[03.09.2015, Rs C-388/14, Timac Agro Deutschland \(GA Wathelet\)](#)

Niederlassungsfreiheit – Art 49 AEUV – Abzug der Verluste einer in einem anderen Mitgliedstaat belegenen Betriebsstätte einer Gesellschaft vom Gewinn dieser Gesellschaft – **Steuerregelung** eines Mitgliedstaats, wonach diese **Verluste** im Fall der **Veräußerung** der betreffenden Betriebsstätte **nachzuversteuern** sind

[03.09.2015, Rs C-422/14, Pujante Rivera \(GA Kokott\)](#)

Richtlinie 98/59/EG – Art 1 – **Massenentlassungen** – Berechnung der numerischen Schwellenwerte für die Anwendung der Richtlinie – Berücksichtigung befristet beschäftigter Arbeitnehmer – Entlassungen **gleichzustellende Beendigungen** von **Arbeitsverträgen**

C. Gericht

[03.09.2015, Rs T-254/14, Warenhandelszentrum / OHMI - Baumarkt Max Bahr \(NEW MAX\)](#)

Gemeinschaftsmarke – **Widerspruchsverfahren** – **Anmeldung** einer **Gemeinschaftsbildmarke** mit den Wortbestandteilen NEW MAX – Ältere Gemeinschaftsbildmarke mit dem Wortbestandteil MAX – **Relatives Eintragungshindernis** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

01.09.2015, Beschwerde Nr. [16483/12](#), *Khlaifia ua / Italien*

Verletzung von **Art 3** (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung), **Art 5** (Recht auf Freiheit und Sicherheit), und **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde) sowie **Art 4 4. ZP EMRK** (Verbot der Kollektivausweisung ausländischer Personen); **zahlreiche Konventionsverletzungen** im Zusammenhang mit der Ankunft tunesischer Flüchtlinge während des „**Arabischen Frühlings**“ 2011 auf der Insel **Lampedusa**; gesetzwidrige Inhaftierung der Bf in einer Einrichtung unter erniedrigenden Bedingungen; konventionswidrige **Kollektivausweisung** ausländischer Personen; keine hinreichende Möglichkeit zur Ergreifung von Rechtsmitteln gegen die Entscheidungen über die Ausweisung, insbesondere fehlende aufschiebende Wirkung

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca

Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied,
Wiss.-Mit. Sarah Heimpl

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.